

Reaktionen in der SPD und der Bundesregierung auf das gemeinsame Dokument von SED und SPD

Im Grundsatzpapier "Streit der Ideologien und gemeinsame Sicherheit" hielten SED und SPD ihren gemeinsamen Willen zur friedlichen Koexistenz beider deutscher Staaten fest. Die Staatssicherheit dokumentierte die Äußerungen von Politikern aller Bundestagsparteien auf das Grundsatzpapier.

Während einer Phase verschärfter Spannungen zwischen Ost und West begannen SPD und SED einen historisch bedeutsamen Dialog. Von 1984 bis 1989 diskutierten die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und die Grundwertekommission der SPD intensiv über weltanschauliche und politische Grundfragen. Die Gespräche mündeten 1987 in der gemeinsamen Erklärung "Streit der Ideologien und gemeinsame Sicherheit".

Das sogenannte SED-SPD-Grundsatzpapier wurde in den Monaten nach seiner Vorstellung am 27. August 1987 sowohl im Osten als auch im Westen diskutiert. Nach den beiden Pressekonferenzen fasste die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) im September die Reaktionen verschiedenster Politiker zusammen.

Unterschiedlicher Meinung seien die verschiedenen Politiker, wer den größeren Nutzen aus diesem Papier ziehe, SPD oder SED. Während der rechte Parteiflügel der SPD das Papier kritisch sehe, befürworte es der linke Flügel. In dem vorliegenden Dokument stellte die Stasi außerdem fest, dass die Kirchen in der DDR sich bessere Bedingungen für ihre Arbeit erhofften.

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 7222, Bl. 8-15

Metadaten

Diensteinheit: Zentrale Auswertungs- Urheber: MfS
und Informationsgruppe Datum: 14.9.1987
Rechte: BStU

Reaktionen in der SPD und der Bundesregierung auf das gemeinsame Dokument von SED und SPD

26187 d. 14.9.87

Reaktionen in der SPD und in BRD-Regierungskreisen auf das gemeinsame Dokument von SED und SPD "Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit"

BStU
000008

Rechte SPD-Politiker schätzen ein, daß das Dokument die SPD vor eine Reihe von Problemen stellen werde. Es könnte nicht nur der Eindruck entstehen, daß sich die SPD der SED anbiedere, sondern die Partei müsse im Interesse ihrer Glaubwürdigkeit künftig auf eine völlige Isolierung der Kommunisten in der BRD verzichten.

Nach dem Besuch von E. Honecker in der BRD sei mit einer Zunahme der Auseinandersetzungen um dieses Papier innerhalb der SPD, insbesondere im "Seeheimer Kreis", zu rechnen. Während Kräfte um Bahr eine derartige Diskussion für die Formulierung des künftigen Kursses der Partei für nützlich halten, befürchten rechte Politiker eine weitere Schwächung ihrer Positionen. Den größten Nutzen aus dieser Initiative werde nach ihrer Ansicht die SED ziehen, obwohl auch für sie innenpolitische Probleme erwachsen könnten. Die Veröffentlichung des Dokuments im unmittelbaren Vorfeld des BRD-Besuchs von E. Honecker stelle für die DDR einen weiteren Schritt zur Respektierung der SED durch die BRD dar. Vertreter des BRD-Regierungsapparates heben u. a. hervor, daß in diesem Dokument das neue Denken in der DDR-Führung zum Ausdruck komme. Der BRD-Regierung werde damit signalisiert, wie ernsthaft und konzessionsbereit sich die DDR um Verständigung bemühe. Realistischer denkende Unionspolitiker appellieren an ihre Parteiführung, nicht nur scharfe Vorwürfe an die SPD zu richten, sondern das Dokument unter dem Gesichtspunkt von Ansätzen für Fortschritte in den eigenen Beziehungen zur DDR gründlich zu analysieren.

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 7222, Bl. 8-15

Blatt 8

Reaktionen in der SPD und der Bundesregierung auf das gemeinsame Dokument von SED und SPD

29.8.7 v. 5.10.87

BStU
000009

SPD-Stellungnahmen zum Dokument "Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit"

In Ausführungen vor einem kleinen Kreis ausgewählter BRD-Journalisten schätzte Eppler ein, daß die SED durch dieses Dokument in weit größere Erklärungzwänge gerate als die SPD, weil die Sozialdemokraten keinen Anspruch auf Herrschaft und Wahrheit erheben. Mit der im Dokument getroffenen Feststellung, daß eine offene Diskussion über die Vorzüge und Nachteile der Systeme auch innerhalb jedes Systems möglich sein müsse, hätte die SED eine Art der Diskussion akzeptiert, die das Bestehen von Parteien mit unterschiedlichen Anschauungen zur Voraussetzung habe. Nach seiner Auffassung werde es der SED schwerfallen, diesen Forderungen des Dokumentes zu entsprechen, solange es keine "bürgerlichen Freiheiten" in der DDR gebe. Kirchliche Kreise der DDR hätten signalisiert, daß mit der Diskussion über das Dokument in der DDR bessere Bedingungen für das Wirken der Kirchen geschaffen werden könnten. Zur Kritik am Dokument innerhalb der SPD erklärten Eppler und andere führende SPD-Politiker, daß diese sachlich nicht gerechtfertigt sei, da die SPD keines ihrer Prinzipien aufgegeben habe. Unter den Rechten würden insbesondere Kräfte um Stobbe auf eine Ablehnung des Papiers hinarbeiten. Sie fänden aber selbst im "Seehheimer Kreis" kaum Unterstützung, da sich prominente rechte Politiker, wie Löwenthal, nachhaltig für das Dokument ausgesprochen haben.

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 7222, Bl. 8-15

Blatt 9

Reaktionen in der SPD und der Bundesregierung auf das gemeinsame Dokument von SED und SPD

30/87 v. 22. 10. 87

BStU
000010

Auseinandersetzungen in der SPD über das Dokument "Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit"

Fuhrende rechte SPD-Politiker, wie Wischnewski, Renger und Stobbe, bekräftigten Mitte September in einer Diskussion der SPD-Bundestagsfraktion ihre Ablehnung des Dokumentes. Eppler gelang es nicht, die massiert vorgebrachten Argumente der Rechten zu entkräften. Man verständigte sich vielmehr darauf, in einem Grundsatzpapier der SPD den prinzipiellen Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und real existierendem Sozialismus unter Bezugnahme auf den Unvereinbarkeitsbeschuß von 1971 erneut zu bekräftigen. Renger erklärte nach dieser Diskussion, daß die Rechten ihre kritische Distanz zu diesem Dokument weiterhin öffentlich zum Ausdruck bringen werden. Vogel, der von der Intensität der rechten Kritik beeindruckt gewesen sei, habe gegenüber führenden Funktionären des "beeneimer Kreises" darauf verwiesen, daß es der SPD schade, wenn das gemeinsame Dokument vom rechten Parteiflügel in Frage gestellt wird. Er verwies gleichzeitig darauf, daß es in der Parteibasis keine Ablehnung erfahren. Es gehe bei diesem Dokument nicht um

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 7222, Bl. 8-15

Blatt 10

Reaktionen in der SPD und der Bundesregierung auf das gemeinsame Dokument von SED und SPD

BStU
000011
- 4 -

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

theoretische Auseinandersetzungen mit der SED, sondern um die Art
und Weise der Gestaltung der Beziehungen zwischen SPD und SED.

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 7222, Bl. 8-15

Blatt 11

Reaktionen in der SPD und der Bundesregierung auf das gemeinsame Dokument von SED und SPD

31187 v. 19.10.87

BStU
000012

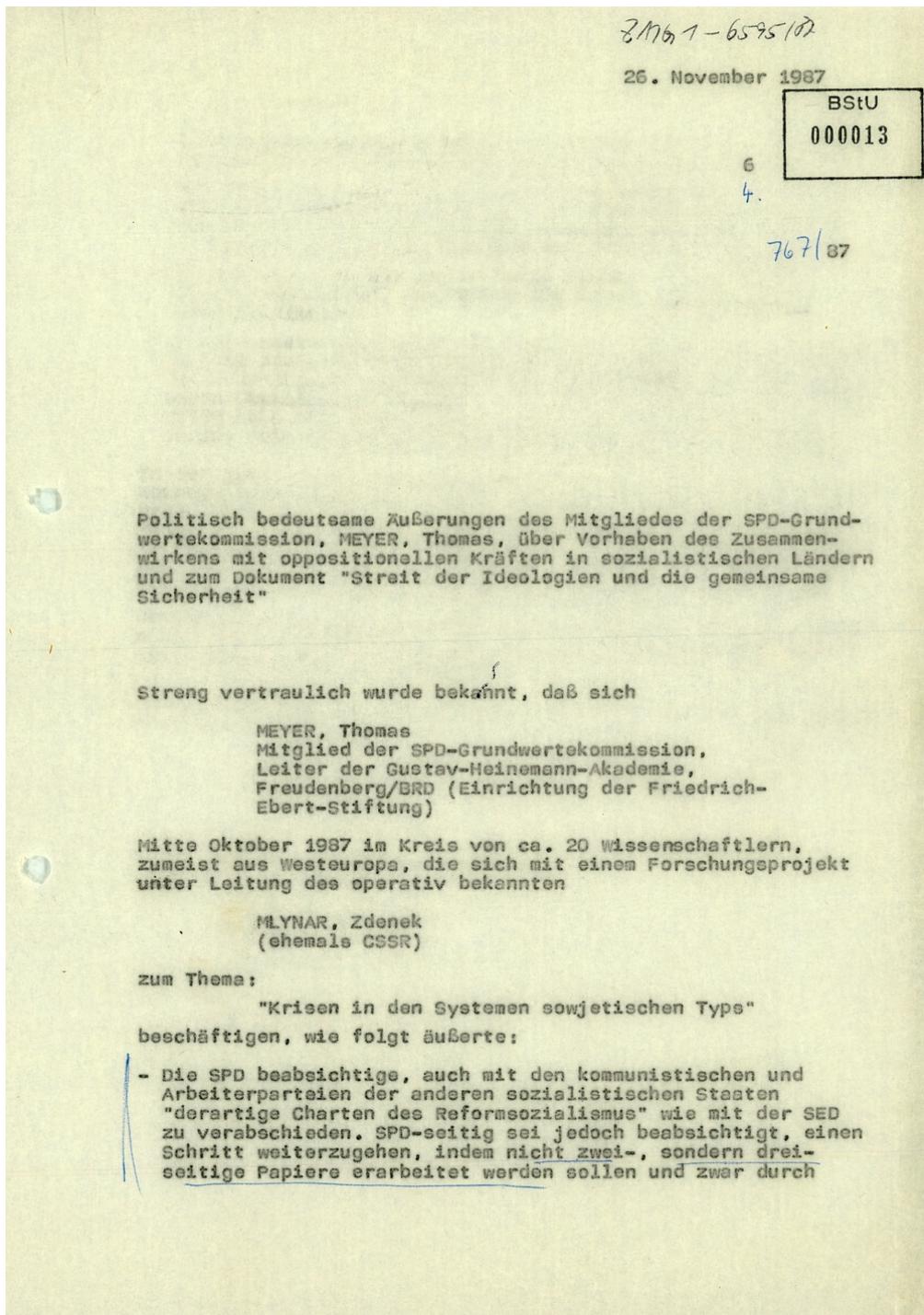
Absichten rechter SPD-Kreise zur Nutzung des gemeinsamen Dokumentes SED/SPD für die ideologische Einflußnahme auf die DDR

Das Mitglied des Vorstandes der SPD-Bundestagsfraktion Wischnewski erklärte, daß er den Passagen des Dokuments über Frieden, Sicherheit und Entspannung voll zustimme. Die zwischen den Parteien bestehenden grundlegenden Unterschiede müßten jedoch deutlicher gemacht werden, insbesondere der demokratische Charakter der SPD, die sich im Gegensatz zur SED zur Wahl stelle und gewählt oder abgewählt werden könne. Er sei nicht bereit, die Entwicklung in der DDR und den Machtanspruch der SED unter Berufung auf die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten nachträglich zu tolerieren. Es werde Aufgabe des SPD-Vorstandes sein, mit diesem Dokument und auf der Grundlage der KSZE-Schlußakte verstärkt sozialdemokratisches Gedankengut in der DDR zu verbreiten. Da die SED über die DKP bzw. die SEW ihre Auffassungen in der BRD bzw. in Westberlin verbreiten könne, müsse überlegt werden, ob nach dem Gleichheitsprinzip nicht auch die SPD eine Filiale in der DDR haben sollte. Es sei das Anliegen der SPD, mehr menschliche Erleichterungen zu erreichen und einen freien Meinungsaustausch zwischen Ost und West zu ermöglichen. Offene Provokationen, wie z.B. Kranzniederlegungen für nach 1945 in der DDR verfolgte Sozialdemokraten, lehnte Wischnewski hingegen ab.

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 7222, BL 8-15

Blatt 12

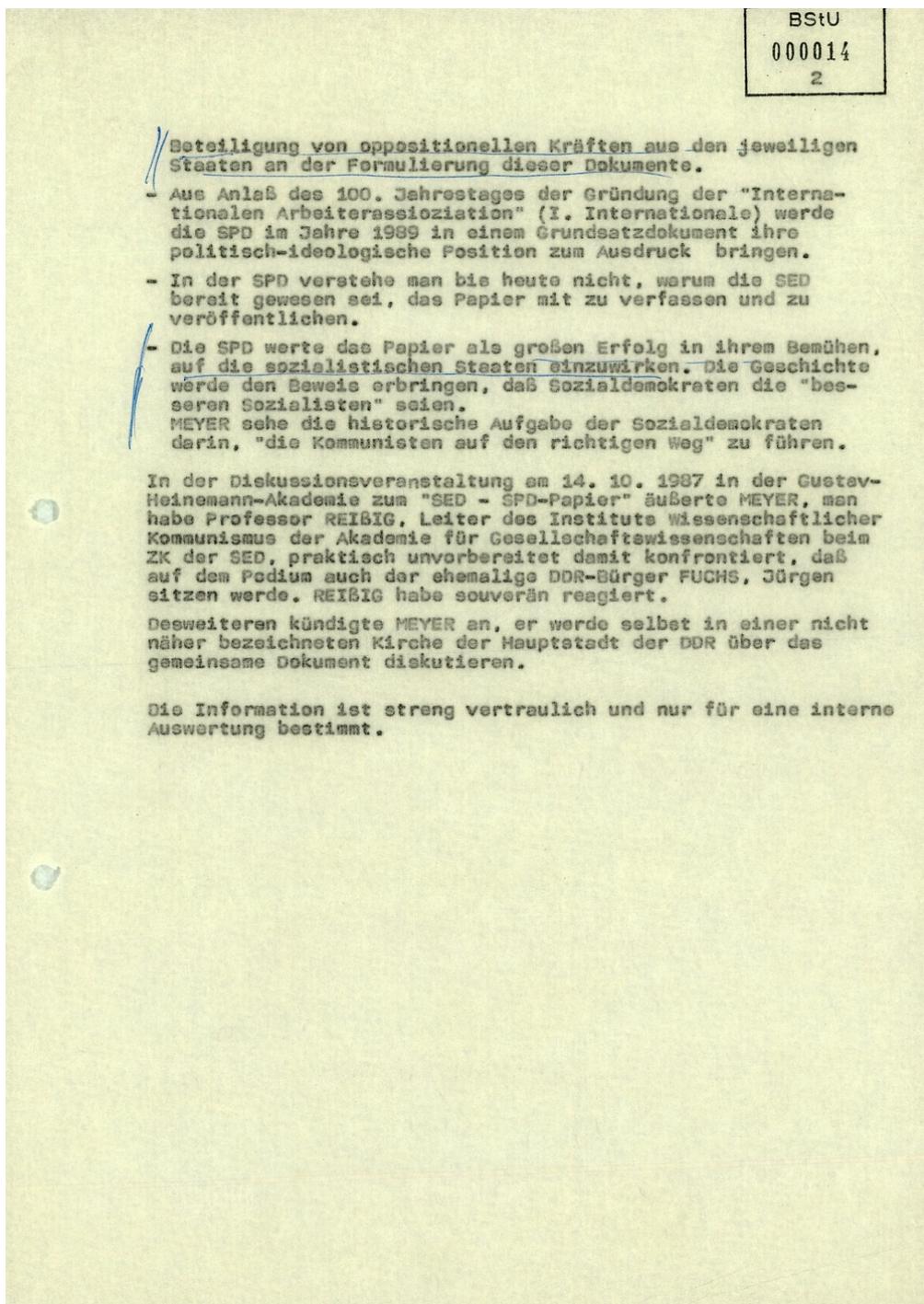
Reaktionen in der SPD und der Bundesregierung auf das gemeinsame Dokument von SED und SPD



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 7222, BL 8-15

Blatt 13

Reaktionen in der SPD und der Bundesregierung auf das gemeinsame Dokument von SED und SPD



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 7222, Bl. 8-15

Blatt 14

Reaktionen in der SPD und der Bundesregierung auf das gemeinsame Dokument von SED und SPD

BStU
000015
- 4 -

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

35187 v. 30.11.87

Diskussion in der SPD zum gemeinsamen Dokument mit der SED

Führende Funktionäre der SPD betonen, daß dieses Dokument einen Fortschritt in den Beziehungen zur SED darstelle, der bewahrt werden müsse. In der SPD-Führung habe man von vornherein mit unterschiedlichen Positionen zum Dokument in beiden Parteien gerechnet. Im Parteirat würden daher auch die bei einigen SPD-Politikern entstandenen Irritationen über die Äußerungen Kurt Hagers nicht überbewertet, zumal Erich Honecker in Moskau und Prof. Reinhold im "Neuen Deutschland" die Akzente anders gesetzt hätten. Solche nuancierten Unterschiede gebe es auch in der SPD. Um die in Gang gekommene Diskussion mit der SED nicht zu gefährden, wollen Spitzenfunktionäre der SPD auf anfechtbare Einschätzungen des Dokumentes durch führende SED-Politiker nur reagieren, wenn es umgänglich sei. Es wäre zweckmäßiger, auf niedrigerer Ebene zu polemisieren, z. B. an wissenschaftlichen Einrichtungen oder in Zeitschriften, wo die Gefahr irreparabler Mißverständnisse geringer wäre. SPD-orientierte Ostforscher konzentrierten sich besonders darauf, die Motivation der SED-Führung für die Erarbeitung dieses Dokumentes und dessen Wirkung auf die innere Entwicklung in der DDR zu erkunden.

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 7222, Bl. 8-15

Blatt 15